

Vollstreckungsbehörde	PLZ, Ort	Datum
<b>Drittschuldner</b>	Sachbearbeiter/-in, ggf. E-Mail	Zimmer-Nr.
	Telefon Durchwahl (Nebst.)	Telefax
	Nr./AZ (Ford.-Pfändungs-Nr.)	
	Zustellung an den Drittschuldner am:	Datum
Zustellung mit <input type="checkbox"/> Postzustellungsurkunde <input type="checkbox"/> Empfangsbekenntnis		

## Pfändungs- und Überweisungsbeschluss

### In der Zwangsvollstreckungssache

Behörde, Anschrift - Gläubiger/in -		Kassenzeichen
Kreditinstitut	BLZ/BIC	Kto.-Nr./IBAN
<b>gegen</b>		
Name und Anschrift des Schuldners/der Schuldnerin ggf. des/der Prozessbevollmächtigten		Geburtsdatum des Schuldners/der Schuldnerin

Nach dem ☐ vollstreckbaren Ausstandsverzeichnis, ☐ für vollstreckbar erklärten Leistungsbescheid

vom	Datum	über	EUR	Fälligkeit	Forderungsart
vom	Datum	über	EUR	Fälligkeit	Forderungsart

hat der/die Gläubiger/in gegen den/die Schuldner/in folgende Ansprüche:

EUR	Hauptforderung
EUR	Säumniszuschläge
EUR	Mahngebühren
EUR	bisherige Vollstreckungskosten
EUR	Kosten dieser Vollstreckung (Gebühren und Auslagen)
EUR	<b>Gesamtbetrag</b>

Wegen dieser Ansprüche zzgl. der weiterzurechnenden Säumniszuschläge (§ 240 AO) von 1% aus  EUR

ab  Datum, wird die angebliche Forderung des Schuldners/der Schuldnerin nach Art. 26 Abs. 7 Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz (VwZVG) i.V.m. §§ 829 ff. ZPO an

Drittschuldner/in (genaue Anschrift und genaue Bezeichnung)

aus allen Forderungen von Sozialleistungen (genaue Bezeichnung der Sozialleistung siehe Folgeseiten)  
so lange gepfändet, bis der Gläubigeranspruch gedeckt ist.

- Der Drittschuldner/Die Drittschuldnerin darf, soweit die Forderung bzw. der Anspruch gepfändet ist, an den Schuldner/die Schuldnerin nicht mehr leisten (§ 829 ZPO).
- Der Schuldner/Die Schuldnerin darf insoweit nicht mehr über die Forderungen bzw. Ansprüche verfügen, insbesondere sie nicht einziehen.
- Zugleich werden die gepfändeten Forderungen und Ansprüche dem Gläubiger in Höhe des gepfändeten Betrages zur Einziehung überwiesen (§ 835 ZPO).

Unterschrift des/der Bediensteten der Vollstreckungsbehörde

#### Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist/sind die/der in der Anlage beschriebene/n Rechtsbehelf/e zulässig. Die Anlage ist Bestandteil dieses Bescheides.

**A. Zu pfändende Forderung**☐ **Sozialleistungen (Sozialleistungsträger unter Berücksichtigung des SGB I)**

Vers.-Nr.

Die Ansprüche des Schuldners/der Schuldnerin auf laufende Sozialleistungen aus:

☐ ges. Unfallversicherung (§ 22 SGB I)☐ ges. Rentenversicherung (§ 23 Abs. 1 Nr. 1 SGB I)☐ Altershilfe für Landwirte (§ 23 Abs. 1 Nr. 2 SGB I)☐ ges. Hinterbliebenenrente bzw.

Vers.-Nr.

Name, Vorname/n, Geb.- und Sterbedatum des urspr. VN

☐ Sonstige

Art

**Die laufenden Leistungen haben Lohnersatzcharakter (§ 54 SGB I). Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO und Anlage zu § 850c ZPO in der jeweils gültigen Fassung beschränkt.**☐ **Krankenkasse/Krankenversicherung**☐ Krankengeld☐ Krankentagegeld☐ Zur Berechnung des nach § 850c ZPO gepfändeten Teils des Gesamteinkommens sind die gepfändeten, in Geld zahlbaren Einkommen des Schuldners/der Schuldnerin bei den Drittschuldnern

1. Name bzw. Bezeichnung

2. Name bzw. Bezeichnung

gem. § 850e Nr. 2 bzw. 2a ZPO zusammenzurechnen.

Die unpfändbaren Beträge aus dem so festgestellten Gesamteinkommen sind in erster Linie dem Einkommen zu entnehmen, das der Schuldner/die Schuldnerin bei dem Drittschuldner

1. (für Krankentagegeld)

2. (für Krankentagegeld)

bezieht.

**Pfändbar wie Arbeitslohn, da Lohnersatzcharakter (§ 54 SGB I). Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO und Anlage zu § 850c ZPO in der jeweils gültigen Fassung beschränkt. Werden beide Leistungen von einem Drittschuldner bezahlt, so ist Krankengeld und Krankentagegeld zusammenzurechnen (§ 850e ZPO).**☐ Krankenhaustagegeld (unbeschränkt pfändbar gem. § 829 ZPO)

(Name und Anschrift des Drittschuldners/der Drittschuldnerin)

☐ **ALG I-Leistungen**

Zahlungen von ALG I-Leistungen und sonstigen vom Drittschuldner/von der Drittschuldnerin zu zahlenden Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch, die gem. § 54 SGB I Lohnersatzcharakter haben, werden solange gepfändet, bis der Gläubigeranspruch gedeckt ist. Mehrere Leistungen sind zusammenzuzählen. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO (in der Fassung des jeweils gültigen Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen) beschränkt.

☐ **Leistungen nach SGB II**

Zahlung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), gleich wie es benannt wird, einschließlich des Geldwertes von Sachbezügen werden solange gepfändet, bis der Gläubigeranspruch gedeckt ist. Mehrere Leistungen sind zusammenzuzählen. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO (in der Fassung des jeweils gültigen Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen) beschränkt.

**C. Berechnung des pfändbaren Netto-Einkommens**

Die Berechnung des pfändbaren Einkommens richtet sich nach §§ 850 ff. in der jeweils gültigen Fassung.

**D. Berechnung des pfändbaren Betrages**

Der pfändbare Betrag ergibt sich unter Berücksichtigung von Unterhaltsverpflichtungen des Schuldners/der Schuldnerin aus der Tabelle zu § 850c ZPO (in der Fassung des jeweils gültigen Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen)

**E. Drittschuldnererklärung**

Gemäß § 840 ZPO in der jeweils gültigen Fassung ist der Drittschuldner verpflichtet, binnen 2 Wochen von der Zustellung dieses Beschlusses an gerechnet eine Drittschuldnererklärung abzugeben.

**F. Kostenentscheidung**

Die Kostenentscheidung beruht auf Art 41 Abs. 1 VwZVG und dem kommunalen Kostenverzeichnis. Die Erhebung von Auslagen stützt sich auf Art. 10 Kostengesetz.

Vollstreckungsbehörde		PLZ, Ort		Datum		
<b>Drittschuldner</b>		Sachbearbeiter/-in, ggf. E-Mail		Zimmer-Nr.		
		Telefon Durchwahl (Nebst.)		Telefax		
		Nr./AZ (Ford.-Pfändungs-Nr.)				
		Zustellung an den Drittschuldner am:		Datum		Uhrzeit
		Zustellung mit				
		<input type="checkbox"/> Postzustellungsurkunde		<input type="checkbox"/> Empfangsbekenntnis		
<b>Pfändungs- und Überweisungsbeschluss</b>						
<b>In der Zwangsvollstreckungssache</b>						
Behörde, Anschrift - Gläubiger/in -				Kassenzeichen		
Kreditinstitut		BLZ/BIC		Kto.-Nr./IBAN		
<b>gegen</b>						
Name und Anschrift des Schuldners/der Schuldnerin ggf. des/der Prozessbevollmächtigten				Geburtsdatum des Schuldners/der Schuldnerin		
Nach dem <input type="checkbox"/> vollstreckbaren Ausstandsverzeichnis, <input type="checkbox"/> für vollstreckbar erklärten Leistungsbescheid						
vom		Datum	über	EUR	Fälligkeit	Forderungsart
vom		Datum	über	EUR	Fälligkeit	Forderungsart
hat der/die Gläubiger/in gegen den/die Schuldner/in folgende Ansprüche:						
EUR		Hauptforderung				
EUR		Säumniszuschläge				
EUR		Mahngebühren				
EUR		bisherige Vollstreckungskosten				
EUR		Kosten dieser Vollstreckung (Gebühren und Auslagen)				
EUR		<b>Gesamtbetrag</b>				
Wegen dieser Ansprüche zzgl. der weiterzurechnenden Säumniszuschläge (§ 240 AO) von 1% aus <input type="text" value="EUR"/>						
ab <input type="text" value="Datum"/> , wird die angebliche Forderung des Schuldners/der Schuldnerin nach Art. 26 Abs. 7 Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz (VwZVG) i.V.m. §§ 829 ff. ZPO an						
Drittschuldner/in (genaue Anschrift und genaue Bezeichnung)						
aus allen Forderungen von Sozialleistungen (genaue Bezeichnung der Sozialleistung siehe Folgeseiten)						
so lange gepfändet, bis der Gläubigeranspruch gedeckt ist.						
<ul style="list-style-type: none"><li>- Der Drittschuldner/Die Drittschuldnerin darf, soweit die Forderung bzw. der Anspruch gepfändet ist, an den Schuldner/die Schuldnerin nicht mehr leisten (§ 829 ZPO).</li><li>- Der Schuldner/Die Schuldnerin darf insoweit nicht mehr über die Forderungen bzw. Ansprüche verfügen, insbesondere sie nicht einziehen.</li><li>- Zugleich werden die gepfändeten Forderungen und Ansprüche dem Gläubiger in Höhe des gepfändeten Betrages zur Einziehung überwiesen (§ 835 ZPO).</li></ul>						
<b>Rechtsbehelfsbelehrung</b>						
Gegen diesen Bescheid ist/sind die/der in der Anlage beschriebene/n Rechtsbehelf/e zulässig. Die Anlage ist Bestandteil dieses Bescheides.						
Unterschrift des/der Bediensteten der Vollstreckungsbehörde						

**A. Zu pfändende Forderung**☐ **Sozialleistungen (Sozialleistungsträger unter Berücksichtigung des SGB I)**

Vers.-Nr.

Die Ansprüche des Schuldners/der Schuldnerin auf laufende Sozialleistungen aus:

☐ ges. Unfallversicherung (§ 22 SGB I)☐ ges. Rentenversicherung (§ 23 Abs. 1 Nr. 1 SGB I)☐ Altershilfe für Landwirte (§ 23 Abs. 1 Nr. 2 SGB I)☐ ges. Hinterbliebenenrente bzw.

Vers.-Nr.

Name, Vorname/n, Geb.- und Sterbedatum des urspr. VN

☐ Sonstige

Art

**Die laufenden Leistungen haben Lohnersatzcharakter (§ 54 SGB I). Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO und Anlage zu § 850c ZPO in der jeweils gültigen Fassung beschränkt.**☐ **Krankenkasse/Krankenversicherung**☐ Krankengeld☐ Krankentagegeld☐ Zur Berechnung des nach § 850c ZPO gepfändeten Teils des Gesamteinkommens sind die gepfändeten, in Geld zahlbaren Einkommen des Schuldners/der Schuldnerin bei den Drittschuldnern

1. Name bzw. Bezeichnung

2. Name bzw. Bezeichnung

gem. § 850e Nr. 2 bzw. 2a ZPO zusammenzurechnen.

Die unpfändbaren Beträge aus dem so festgestellten Gesamteinkommen sind in erster Linie dem Einkommen zu entnehmen, das der Schuldner/die Schuldnerin bei dem Drittschuldner

1. (für Krankentagegeld)

2. (für Krankentagegeld)

bezieht.

**Pfändbar wie Arbeitslohn, da Lohnersatzcharakter (§ 54 SGB I). Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO und Anlage zu § 850c ZPO in der jeweils gültigen Fassung beschränkt. Werden beide Leistungen von einem Drittschuldner bezahlt, so ist Krankengeld und Krankentagegeld zusammenzurechnen (§ 850e ZPO).**☐ Krankenhaustagegeld (unbeschränkt pfändbar gem. § 829 ZPO)

(Name und Anschrift des Drittschuldners/der Drittschuldnerin)

☐ **ALG I-Leistungen**

Zahlungen von ALG I-Leistungen und sonstigen vom Drittschuldner/von der Drittschuldnerin zu zahlenden Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch, die gem. § 54 SGB I Lohnersatzcharakter haben, werden solange gepfändet, bis der Gläubigeranspruch gedeckt ist. Mehrere Leistungen sind zusammenzuzählen. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO (in der Fassung des jeweils gültigen Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen) beschränkt.

☐ **Leistungen nach SGB II**

Zahlung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), gleich wie es benannt wird, einschließlich des Geldwertes von Sachbezügen werden solange gepfändet, bis der Gläubigeranspruch gedeckt ist. Mehrere Leistungen sind zusammenzuzählen. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO (in der Fassung des jeweils gültigen Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen) beschränkt.

**C. Berechnung des pfändbaren Netto-Einkommens**

Die Berechnung des pfändbaren Einkommens richtet sich nach §§ 850 ff. in der jeweils gültigen Fassung.

**D. Berechnung des pfändbaren Betrages**

Der pfändbare Betrag ergibt sich unter Berücksichtigung von Unterhaltsverpflichtungen des Schuldners/der Schuldnerin aus der Tabelle zu § 850c ZPO (in der Fassung des jeweils gültigen Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen)

**E. Drittschuldnererklärung**

Gemäß § 840 ZPO in der jeweils gültigen Fassung ist der Drittschuldner verpflichtet, binnen 2 Wochen von der Zustellung dieses Beschlusses an gerechnet eine Drittschuldnererklärung abzugeben.

**F. Kostenentscheidung**

Die Kostenentscheidung beruht auf Art 41 Abs. 1 VwZVG und dem kommunalen Kostenverzeichnis. Die Erhebung von Auslagen stützt sich auf Art. 10 Kostengesetz.

Vollstreckungsbehörde	PLZ, Ort	Datum
<b>Drittschuldner</b>	Sachbearbeiter/-in, ggf. E-Mail	Zimmer-Nr.
	Telefon Durchwahl (Nebst.)	Telefax
	Nr./AZ (Ford.-Pfändungs-Nr.)	
	Zustellung an den Drittschuldner am:	Datum
Zustellung mit		
<input type="checkbox"/> Postzustellungsurkunde <input type="checkbox"/> Empfangsbekenntnis		

## Pfändungs- und Überweisungsbeschluss

### In der Zwangsvollstreckungssache

Behörde, Anschrift - Gläubiger/in -		Kassenzeichen
Kreditinstitut	BLZ/BIC	Kto.-Nr./IBAN
<b>gegen</b>		
Name und Anschrift des Schuldners/der Schuldnerin ggf. des/der Prozessbevollmächtigten		Geburtsdatum des Schuldners/der Schuldnerin

Nach dem ☐ vollstreckbaren Ausstandverzeichnis, ☐ für vollstreckbar erklärten Leistungsbescheid

vom	Datum	über	EUR	Fälligkeit	Forderungsart
vom	Datum	über	EUR	Fälligkeit	Forderungsart

hat der/die Gläubiger/in gegen den/die Schuldner/in folgende Ansprüche:

EUR	Hauptforderung
EUR	Säumniszuschläge
EUR	Mahngebühren
EUR	bisherige Vollstreckungskosten
EUR	Kosten dieser Vollstreckung (Gebühren und Auslagen)
EUR	<b>Gesamtbetrag</b>

Wegen dieser Ansprüche zzgl. der weiterzurechnenden Säumniszuschläge (§ 240 AO) von 1% aus  EUR

ab  Datum, wird die angebliche Forderung des Schuldners/der Schuldnerin nach Art. 26 Abs. 7 Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz (VwZVG) i.V.m. §§ 829 ff. ZPO an

Drittschuldner/in (genaue Anschrift und genaue Bezeichnung)
---

aus allen Forderungen von Sozialleistungen (genaue Bezeichnung der Sozialleistung siehe Folgeseiten)  
so lange gepfändet, bis der Gläubigeranspruch gedeckt ist.

- Der Drittschuldner/Die Drittschuldnerin darf, soweit die Forderung bzw. der Anspruch gepfändet ist, an den Schuldner/die Schuldnerin nicht mehr leisten (§ 829 ZPO).
- Der Schuldner/Die Schuldnerin darf insoweit nicht mehr über die Forderungen bzw. Ansprüche verfügen, insbesondere sie nicht einziehen.
- Zugleich werden die gepfändeten Forderungen und Ansprüche dem Gläubiger in Höhe des gepfändeten Betrages zur Einziehung überwiesen (§ 835 ZPO).

#### Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist/sind die/der in der Anlage beschriebene/n Rechtsbehelf/e zulässig. Die Anlage ist Bestandteil dieses Bescheides.

Unterschrift des/der Bediensteten der Vollstreckungsbehörde
---

## A. Zu pfändende Forderung

### ☐ Sozialleistungen (Sozialleistungsträger unter Berücksichtigung des SGB I)

Die Ansprüche des Schuldners/der Schuldnerin auf laufende Sozialleistungen aus:

☐ ges. Unfallversicherung (§ 22 SGB I)

☐ ges. Rentenversicherung (§ 23 Abs. 1 Nr. 1 SGB I)

☐ Altershilfe für Landwirte (§ 23 Abs. 1 Nr. 2 SGB I)

☐ ges. Hinterbliebenenrente bzw.

Vers.-Nr.

Name, Vorname/n, Geb.- und Sterbedatum des urspr. VN

☐ Sonstige

Art

**Die laufenden Leistungen haben Lohnersatzcharakter (§ 54 SGB I). Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO und Anlage zu § 850c ZPO in der jeweils gültigen Fassung beschränkt.**

### ☐ Krankenkasse/Krankenversicherung

☐ Krankengeld

☐ Krankentagegeld

☐ Zur Berechnung des nach § 850c ZPO gepfändeten Teils des Gesamteinkommens sind die gepfändeten, in Geld zahlbaren Einkommen des Schuldners/der Schuldnerin bei den Drittschuldnern

1. Name bzw. Bezeichnung

2. Name bzw. Bezeichnung

gem. § 850e Nr. 2 bzw. 2a ZPO zusammenzurechnen.

Die unpfändbaren Beträge aus dem so festgestellten Gesamteinkommen sind in erster Linie dem Einkommen zu entnehmen, das der Schuldner/die Schuldnerin bei dem Drittschuldner

1. (für Krankentagegeld)

2. (für Krankentagegeld)

bezieht.

**Pfändbar wie Arbeitslohn, da Lohnersatzcharakter (§ 54 SGB I). Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO und Anlage zu § 850c ZPO in der jeweils gültigen Fassung beschränkt. Werden beide Leistungen von einem Drittschuldner bezahlt, so ist Krankengeld und Krankentagegeld zusammenzurechnen (§ 850e ZPO).**

☐ Krankenhaustagegeld (unbeschränkt pfändbar gem. § 829 ZPO)

(Name und Anschrift des Drittschuldners/der Drittschuldnerin)

### ☐ ALG I-Leistungen

Zahlungen von ALG I-Leistungen und sonstigen vom Drittschuldner/von der Drittschuldnerin zu zahlenden Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch, die gem. § 54 SGB I Lohnersatzcharakter haben, werden solange gepfändet, bis der Gläubigeranspruch gedeckt ist. Mehrere Leistungen sind zusammenzuzählen. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO (in der Fassung des jeweils gültigen Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen) beschränkt.

### ☐ Leistungen nach SGB II

Zahlung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), gleich wie es benannt wird, einschließlich des Geldwertes von Sachbezügen werden solange gepfändet, bis der Gläubigeranspruch gedeckt ist. Mehrere Leistungen sind zusammenzuzählen. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO (in der Fassung des jeweils gültigen Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen) beschränkt.

## C. Berechnung des pfändbaren Netto-Einkommens

Die Berechnung des pfändbaren Einkommens richtet sich nach §§ 850 ff. in der jeweils gültigen Fassung.

## D. Berechnung des pfändbaren Betrages

Der pfändbare Betrag ergibt sich unter Berücksichtigung von Unterhaltsverpflichtungen des Schuldners/der Schuldnerin aus der Tabelle zu § 850c ZPO (in der Fassung des jeweils gültigen Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen)

## E. Drittschuldnererklärung

Gemäß § 840 ZPO in der jeweils gültigen Fassung ist der Drittschuldner verpflichtet, binnen 2 Wochen von der Zustellung dieses Beschlusses an gerechnet eine Drittschuldnererklärung abzugeben.

## F. Kostenentscheidung

Die Kostenentscheidung beruht auf Art 41 Abs. 1 VwZVG und dem kommunalen Kostenverzeichnis. Die Erhebung von Auslagen stützt sich auf Art. 10 Kostengesetz.

Vollstreckungsbehörde		PLZ, Ort		Datum	
<b>Drittschuldner</b>		Sachbearbeiter/-in, ggf. E-Mail		Zimmer-Nr.	
		Telefon Durchwahl (Nebst.)		Telefax	
		Nr./AZ (Ford.-Pfändungs-Nr.)			
		Zustellung an den Drittschuldner am:		Datum	Uhrzeit
		Zustellung mit			
		<input type="checkbox"/> Postzustellungsurkunde		<input type="checkbox"/> Empfangsbekenntnis	
<b>Pfändungs- und Überweisungsbeschluss</b>					
<b>In der Zwangsvollstreckungssache</b>					
Behörde, Anschrift - Gläubiger/in -				Kassenzeichen	
Kreditinstitut	BLZ/BIC	Kto.-Nr./IBAN			
<b>gegen</b>					
Name und Anschrift des Schuldners/der Schuldnerin ggf. des/der Prozessbevollmächtigten				Geburtsdatum des Schuldners/der Schuldnerin	
Nach dem <input type="checkbox"/> vollstreckbaren Ausstandsverzeichnis, <input type="checkbox"/> für vollstreckbar erklärten Leistungsbescheid					
vom	Datum	über	EUR	Fälligkeit	Forderungsart
vom	Datum	über	EUR	Fälligkeit	Forderungsart
hat der/die Gläubiger/in gegen den/die Schuldner/in folgende Ansprüche:					
EUR	Hauptforderung				
EUR	Säumniszuschläge				
EUR	Mahngebühren				
EUR	bisherige Vollstreckungskosten				
EUR	Kosten dieser Vollstreckung (Gebühren und Auslagen)				
EUR	<b>Gesamtbetrag</b>				
Wegen dieser Ansprüche zzgl. der weiterzurechnenden Säumniszuschläge (§ 240 AO) von 1% aus <input type="text" value="EUR"/>					
ab <input type="text" value="Datum"/> , wird die angebliche Forderung des Schuldners/der Schuldnerin nach Art. 26 Abs. 7 Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz (VwZVG) i.V.m. §§ 829 ff. ZPO an					
Drittschuldner/in (genaue Anschrift und genaue Bezeichnung)					
aus allen Forderungen von Sozialleistungen (genaue Bezeichnung der Sozialleistung siehe Folgeseiten)					
so lange gepfändet, bis der Gläubigeranspruch gedeckt ist.					
<ul style="list-style-type: none"><li>- Der Drittschuldner/Die Drittschuldnerin darf, soweit die Forderung bzw. der Anspruch gepfändet ist, an den Schuldner/die Schuldnerin nicht mehr leisten (§ 829 ZPO).</li><li>- Der Schuldner/Die Schuldnerin darf insoweit nicht mehr über die Forderungen bzw. Ansprüche verfügen, insbesondere sie nicht einziehen.</li><li>- Zugleich werden die gepfändeten Forderungen und Ansprüche dem Gläubiger in Höhe des gepfändeten Betrages zur Einziehung überwiesen (§ 835 ZPO).</li></ul>					
<b>Rechtsbehelfsbelehrung</b>					
Gegen diesen Bescheid ist/sind die/der in der Anlage beschriebene/n Rechtsbehelf/e zulässig. Die Anlage ist Bestandteil dieses Bescheides.					
Unterschrift des/der Bediensteten der Vollstreckungsbehörde					

**A. Zu pfändende Forderung**☐ **Sozialleistungen (Sozialleistungsträger unter Berücksichtigung des SGB I)**

Vers.-Nr.

Die Ansprüche des Schuldners/der Schuldnerin auf laufende Sozialleistungen aus:

☐ ges. Unfallversicherung (§ 22 SGB I)☐ ges. Rentenversicherung (§ 23 Abs. 1 Nr. 1 SGB I)☐ Altershilfe für Landwirte (§ 23 Abs. 1 Nr. 2 SGB I)☐ ges. Hinterbliebenenrente bzw.

Vers.-Nr.

Name, Vorname/n, Geb.- und Sterbedatum des urspr. VN

☐ Sonstige

Art

**Die laufenden Leistungen haben Lohnersatzcharakter (§ 54 SGB I). Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO und Anlage zu § 850c ZPO in der jeweils gültigen Fassung beschränkt.**☐ **Krankenkasse/Krankenversicherung**☐ Krankengeld☐ Krankentagegeld☐ Zur Berechnung des nach § 850c ZPO gepfändeten Teils des Gesamteinkommens sind die gepfändeten, in Geld zahlbaren Einkommen des Schuldners/der Schuldnerin bei den Drittschuldnern

1. Name bzw. Bezeichnung

2. Name bzw. Bezeichnung

gem. § 850e Nr. 2 bzw. 2a ZPO zusammenzurechnen.

Die unpfändbaren Beträge aus dem so festgestellten Gesamteinkommen sind in erster Linie dem Einkommen zu entnehmen, das der Schuldner/die Schuldnerin bei dem Drittschuldner

1. (für Krankentagegeld)

2. (für Krankentagegeld)

bezieht.

**Pfändbar wie Arbeitslohn, da Lohnersatzcharakter (§ 54 SGB I). Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO und Anlage zu § 850c ZPO in der jeweils gültigen Fassung beschränkt. Werden beide Leistungen von einem Drittschuldner bezahlt, so ist Krankengeld und Krankentagegeld zusammenzurechnen (§ 850e ZPO).**☐ Krankenhaustagegeld (unbeschränkt pfändbar gem. § 829 ZPO)

(Name und Anschrift des Drittschuldners/der Drittschuldnerin)

☐ **ALG I-Leistungen**

Zahlungen von ALG I-Leistungen und sonstigen vom Drittschuldner/von der Drittschuldnerin zu zahlenden Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch, die gem. § 54 SGB I Lohnersatzcharakter haben, werden solange gepfändet, bis der Gläubigeranspruch gedeckt ist. Mehrere Leistungen sind zusammenzuzählen. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO (in der Fassung des jeweils gültigen Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen) beschränkt.

☐ **Leistungen nach SGB II**

Zahlung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), gleich wie es benannt wird, einschließlich des Geldwertes von Sachbezügen werden solange gepfändet, bis der Gläubigeranspruch gedeckt ist. Mehrere Leistungen sind zusammenzuzählen. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO (in der Fassung des jeweils gültigen Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen) beschränkt.

**C. Berechnung des pfändbaren Netto-Einkommens**

Die Berechnung des pfändbaren Einkommens richtet sich nach §§ 850 ff. in der jeweils gültigen Fassung.

**D. Berechnung des pfändbaren Betrages**

Der pfändbare Betrag ergibt sich unter Berücksichtigung von Unterhaltsverpflichtungen des Schuldners/der Schuldnerin aus der Tabelle zu § 850c ZPO (in der Fassung des jeweils gültigen Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen)

**E. Drittschuldnererklärung**

Gemäß § 840 ZPO in der jeweils gültigen Fassung ist der Drittschuldner verpflichtet, binnen 2 Wochen von der Zustellung dieses Beschlusses an gerechnet eine Drittschuldnererklärung abzugeben.

**F. Kostenentscheidung**

Die Kostenentscheidung beruht auf Art 41 Abs. 1 VwZVG und dem kommunalen Kostenverzeichnis. Die Erhebung von Auslagen stützt sich auf Art. 10 Kostengesetz.



**Fakultatives Widerspruchsverfahren bei einem Adressaten,  
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten  
ein Zugang eröffnet ist**

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

**Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe entweder Widerspruch eingelegt (siehe 1.) oder unmittelbar Klage erhoben (siehe 2.) werden.**

**1. Wenn Widerspruch eingelegt wird:**

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Er kann auch **elektronisch mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen** unter der umseitig genannten Adresse eingelegt werden. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruches erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

**2. Wenn unmittelbar Klage erhoben wird:**

Die Klage ist bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** zu erheben. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

**Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:**

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde im Bereich der Vollstreckungsforderung ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung.
- Ein elektronisch eingelegter Widerspruch muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen sein. Eine elektronische Widerspruchseinlegung ohne qualifizierte elektronische Signatur ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

**Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:**

\*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐

**Oberbayern:**

Bayer. Verwaltungsgericht München  
Postfach 20 05 43, 80005 München  
Bayerstraße 30, 80335 München

☐

**Niederbayern und Oberpfalz:**

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg  
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg  
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐

**Oberfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth  
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth  
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐

**Mittelfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach  
Postfach 616, 91511 Ansbach  
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐

**Unterfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg  
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg  
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐

**Schwaben:**

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg  
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg  
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

**Fakultatives Widerspruchsverfahren bei einem Adressaten,  
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten  
kein Zugang eröffnet ist**

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

**Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe entweder Widerspruch eingelegt (siehe 1.) oder unmittelbar Klage erhoben (siehe 2.) werden.**

**1. Wenn Widerspruch eingelegt wird:**

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

**2. Wenn unmittelbar Klage erhoben wird:**

Die Klage ist bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** zu erheben. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

**Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:**

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde im Bereich der Vollstreckungsforderung ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung.
- Eine elektronische Widerspruchseinlegung ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

**Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:**

\*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐

**Oberbayern:**

Bayer. Verwaltungsgericht München  
Postfach 20 05 43, 80005 München  
Bayerstraße 30, 80335 München

☐

**Niederbayern und Oberpfalz:**

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg  
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg  
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐

**Oberfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth  
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth  
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐

**Mittelfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach  
Postfach 616, 91511 Ansbach  
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐

**Unterfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg  
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg  
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐

**Schwaben:**

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg  
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg  
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

**Fakultatives Widerspruchsverfahren bei mehreren Adressaten,  
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten  
ein Zugang eröffnet ist**

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Bescheid kann jeder Adressat innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe entweder Widerspruch einlegen (siehe 1.) oder, wenn die übrigen Adressaten dieses Bescheids zustimmen, unmittelbar Klage erheben (siehe 2.).

**1. Wenn Widerspruch eingelegt wird:**

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Der Widerspruch kann **auch elektronisch mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen** unter der umseitig genannten Adresse eingelegt werden. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

**2. Wenn unmittelbar Klage erhoben wird:**

Die Klage ist bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** zu erheben. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

**Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:**

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde im Bereich der Vollstreckungsforderung ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung. Die unmittelbare Klageerhebung setzt die Zustimmung aller gemeinsamen Adressaten des Bescheids voraus. Wirksam zustimmen kann nur, wer keinen Widerspruch eingelegt hat.
- Ein elektronisch eingelegter Widerspruch muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen sein. Eine elektronische Widerspruchseinlegung ohne qualifizierte elektronische Signatur ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

**Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:**

\*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐ **Oberbayern:**  
Bayer. Verwaltungsgericht München  
Postfach 20 05 43, 80005 München  
Bayerstraße 30, 80335 München

☐ **Niederbayern und Oberpfalz:**  
Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg  
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg  
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐ **Oberfranken:**  
Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth  
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth  
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐ **Mittelfranken:**  
Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach  
Postfach 616, 91511 Ansbach  
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐ **Unterfranken:**  
Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg  
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg  
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐ **Schwaben:**  
Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg  
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg  
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

**Fakultatives Widerspruchsverfahren bei mehreren Adressaten,  
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten  
kein Zugang eröffnet ist**

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Bescheid kann jeder Adressat innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe entweder Widerspruch einlegen (siehe 1.) oder, wenn die übrigen Adressaten dieses Bescheids zustimmen, unmittelbar Klage erheben (siehe 2.).

**1. Wenn Widerspruch eingelegt wird:**

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

**2. Wenn unmittelbar Klage erhoben wird:**

Die Klage ist bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** zu erheben. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

**Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:**

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde im Bereich der Vollstreckungsforderung ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung. Die unmittelbare Klageerhebung setzt die Zustimmung aller gemeinsamen Adressaten des Bescheids voraus. Wirksam zustimmen kann nur, wer keinen Widerspruch eingelegt hat.
- Eine elektronische Widerspruchseinlegung ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebühreenvorschuss zu entrichten.

**Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:**

\*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐ **Oberbayern:**  
Bayer. Verwaltungsgericht München  
Postfach 20 05 43, 80005 München  
Bayerstraße 30, 80335 München

☐ **Niederbayern und Oberpfalz:**  
Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg  
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg  
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐ **Oberfranken:**  
Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth  
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth  
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐ **Mittelfranken:**  
Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach  
Postfach 616, 91511 Ansbach  
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐ **Unterfranken:**  
Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg  
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg  
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐ **Schwaben:**  
Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg  
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg  
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

## Unmittelbare Klageerhebung ohne Widerspruchsverfahren

### Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** beim **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** erhoben werden. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten** (Vollstreckungsbehörde) **und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

#### Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde im Bereich der Vollstreckungsforderung ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

#### Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

\*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐**Oberbayern:**

Bayer. Verwaltungsgericht München  
Postfach 20 05 43, 80005 München  
Bayerstraße 30, 80335 München

☐**Niederbayern und Oberpfalz:**

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg  
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg  
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐**Oberfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth  
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth  
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐**Mittelfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach  
Postfach 616, 91511 Ansbach  
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐**Unterfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg  
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg  
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐**Schwaben:**

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg  
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg  
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

# Unmittelbare Klageerhebung bei Widerspruchsbescheide über Widersprüche gegen Verwaltungsakte

## Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen den Bescheid der 

Behörde, die den ursprünglichen Verwaltungsakt erlassen hat
---

 vom 

Datum
-------

kann **innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Widerspruchsbescheids** Klage beim **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** erhoben werden. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten** (Vollstreckungsbehörde) **und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

### Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

### Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

\*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐

#### **Oberbayern:**

Bayer. Verwaltungsgericht München  
Postfach 20 05 43, 80005 München  
Bayerstraße 30, 80335 München

☐

#### **Niederbayern und Oberpfalz:**

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg  
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg  
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐

#### **Oberfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth  
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth  
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐

#### **Mittelfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach  
Postfach 616, 91511 Ansbach  
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐

#### **Unterfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg  
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg  
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐

#### **Schwaben:**

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg  
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg  
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

**Obligatorisches Widerspruchsverfahren,  
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten  
ein Zugang eröffnet ist**

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch** eingelegt werden.

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Der Widerspruch kann **auch elektronisch mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen** unter der umseitig genannten Adresse eingelegt werden. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

**Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:**

- Ein elektronisch eingelegter Widerspruch muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen sein. Eine elektronische Widerspruchseinlegung ohne qualifizierte elektronische Signatur ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

**Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:**

\*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐

**Oberbayern:**

Bayer. Verwaltungsgericht München  
Postfach 20 05 43, 80005 München  
Bayerstraße 30, 80335 München

☐

**Niederbayern und Oberpfalz:**

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg  
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg  
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐

**Oberfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth  
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth  
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐

**Mittelfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach  
Postfach 616, 91511 Ansbach  
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐

**Unterfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg  
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg  
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐

**Schwaben:**

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg  
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg  
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

**Obligatorisches Widerspruchsverfahren,  
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten  
kein Zugang eröffnet ist**

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch** eingelegt werden.

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

**Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:**

- Eine elektronische Widerspruchseinlegung ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

**Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:**

\*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐

**Oberbayern:**

Bayer. Verwaltungsgericht München  
Postfach 20 05 43, 80005 München  
Bayerstraße 30, 80335 München

☐

**Niederbayern und Oberpfalz:**

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg  
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg  
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐

**Oberfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth  
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth  
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐

**Mittelfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach  
Postfach 616, 91511 Ansbach  
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐

**Unterfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg  
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg  
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐

**Schwaben:**

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg  
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg  
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg